

Wandlungen eines Entwicklungsdienstes

Anmerkungen zur Diskussion
über die Entwicklung und Zukunft des DED

JAN-DERCK REINDERS

Zusammenfassung

Kirchen und private Organisationen wirkten in den fünfziger Jahren bahnbrechend für die Idee des freiwilligen Dienstes für Entwicklungsländer. Erst ab 1961 begannen die Regierungen der Industriestaaten unter dem Einfluß des Peace Corps vergleichbare Organisationen zu gründen oder zu fördern. Im Deutschen Entwicklungsdienst (DED) standen Grundsätze des Freiwilligendienstes bald in Konkurrenz zu Kriterien der Technischen Hilfe, die ihrerseits technischer Effizienz und praktischer Ausbildung den Vorrang vor der Einsicht in fremde Gesellschaftsordnungen und der Verhaltensänderung in Übersee wie auch bei uns zumaßen. Zweifel der Entwicklungshelfer an der politischen Motivation ihrer Organisation führten zu einem neuen politischen Selbstverständnis des DED, das aber dann seinerseits Mißtrauen bei einem Teil des Parlaments und der Massenmedien weckte. Die gegenwärtige Diskussion konzentriert sich auf zwei Alternativen: Soll der DED sich in Zukunft darauf beschränken, Juniorfachkräfte zu entsenden, oder soll er ein Entwicklungsdienst bleiben, der auf die Ziele internationaler Verständigung und Zusammenarbeit und einer gleichrangigen Entwicklungsarbeit in beiden Welten mehr Wert legt als bisher? Der Verfasser setzt sich – angesichts der Haltung der deutschen Jugend und der Urteile von Vertretern der Entwicklungsländer – für die zweite Lösung ein.

Seit Mitte des vergangenen Jahres ist der Deutsche Entwicklungsdienst – der größte der Freiwilligendienste in der Bundesrepublik Deutschland – Gegenstand lebhaften Interesses und kritischer Betrachtung in unseren Massenmedien geworden. Während Presse, Rundfunk und Fernsehen bis dahin meist wohlwollende und häufig unkritische Beiträge über die Tätigkeit deutscher Entwicklungshelfer in Übersee brachten, verlagerte sich die Diskussion um den DED seit diesem Zeitpunkt in eine andere Dimension. Der Rückruf von vier Entwicklungshelfern aus Brasilien und die vorübergehende Verhaftung sechs ihrer Kollegen in Bolivien lösten ein Echo aus, das ein tiefersitzendes – und schon vorher von Zeitungen wie der „Welt“ und dem „Bayern-Kurier“ geäußertes – Mißbehagen an der Organisation und ihren Entwicklungshelfern verriet.

In der Diskussion lautete der Vorwurf der einen Seite, der DED beginne, sich zu politisieren, und überfordere damit seine Entwicklungshelfer. Die andere Seite erwiderte, in der Dritten Welt könne keine Organisation neutral arbeiten; Entwicklungsdienst bringe daher gewisse Risiken mit sich, die man einkalkulieren müsse. In Veröffentlichungen zu Anfang dieses Jahres wurde deutlich, das der DED Gegenstand einer immer noch andauernden Kontroverse zwischen und wohl auch innerhalb der Parteien geworden ist und nicht mehr im Windschatten der Innenpolitik segelt. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages kürzte seinen Etat für 1972 und verhängte eine Sperre über weitere Mittel. Dieses Schicksal teilt der DED

mit seiner größten Schwesterorganisation, dem amerikanischen Peace Corps, das – wenn auch teilweise aus anderen Gründen – in seinem Lande gleichfalls in die Diskussion geraten ist. Andere Entwicklungsdienste in Europa litten zwar wohl nicht im gleichen Ausmaß unter dem Zugriff öffentlicher Kontrolleure. Sie zeigten jedoch ebenfalls Anzeichen einer Krise des Selbstverständnisses, die nicht von ungefähr kam. Um die Ursachen der gegenwärtigen Diskussion in den und um die Entwicklungsdienste zu begreifen, muß man sich wohl zunächst ihre Entstehung und Entwicklung vergegenwärtigen.

Die Entstehung der Freiwilligendienste

Die Tradition freiwilligen Dienstes für die Gesellschaft geht in Europa und Amerika zurück auf die Zeit der Jugendbewegung, genauer: auf die Organisation freiwilliger Aufbaulager und Arbeitsdienste in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen. Nachfahren der damaligen Bewegungen sind z. B. heute noch bei uns die „Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste“, wohl auch die Diakonischen Werke beider Kirchen und schließlich Organisationen wie die „Aktion Sühnezeichen“, die nach 1945 mit der im Namen angedeuteten spezifischen Zielsetzung gegründet wurden.

In den fünfziger Jahren kam erstmals der Gedanke auf, dieses Potential an freiwilligem Engagement, Idealismus und Leistungsfähigkeit in den Dienst der Entwicklung zurückgebliebener Regionen zu stellen. Während in den sozialistischen Ländern Osteuropas dabei der Aufbau in unterentwickelten Gebieten im eigenen Land durch kurzfristigen Einsatz nationaler, aber auch internationaler Jugendbrigaden im Vordergrund stand, gewann in den westlichen Ländern die Idee an Boden, durch die Entsendung junger Hochschulabsolventen und Fachkräfte für zwei bis drei Jahre einen Beitrag zur Entwicklung in Afrika, Asien und Lateinamerika zu leisten. Bahnbrecher waren hier die Kirchen, aber auch private Organisationen, die auf eigene Erfahrungen freiwilligen Dienstes und internationaler Zusammenarbeit zurückweisen konnten. Bereits seit 1947 arbeiteten Entwicklungshelfer des CVJM, der Quäker und Methodisten, sowie des katholischen Galsordens in Ländern der Dritten Welt. Mitte der fünfziger Jahre folgten die ersten Freiwilligen privater Organisationen, unter anderem aus England, Belgien, den USA, Australien und Neuseeland.

Dann kam – gleichsam pünktlich zu Beginn der I. Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen – das Peace Corps. Es brachte ein neues Element in die internationale Bewegung der Entwicklungsdienste: Zum ersten Mal nahm sich unter dem energischen Druck einer so bedeutenden politischen Persönlichkeit wie J. F. Kennedy der Staat eines Entwicklungsdienstes an, trug voll die Kosten für ihn und förderte die damit verbundene Idee auch über die eigenen Landesgrenzen hinaus. Nach dem Beispiel des Peace Corps entstanden in den nächsten Jahren die meisten staatlichen oder vom Staat geförderten Entwicklungsdienste in Europa. 1963 wurde der Deutsche Entwicklungsdienst als GmbH ins Leben gerufen, mit der Bundesregierung und dem aus privaten Organisationen und Entwicklungsdiensten bestehenden Arbeitskreis „Lernen und Helfen in Übersee“ als Gesellschafter.

Die Jugend der Industriestaaten schien auf dieses Angebot gewartet zu haben, und viele ergriffen die Chance, der 1958 von J.K. Galbraith öffentlichkeitswirksam durch-

leuchteten „affluent society“ zu entrinnen, um für eine begrenzte Zeit unter Verzicht auf Erwerb und heimische Karriere sinnvoll und eigenverantwortlich für offensichtlich Notleidende zu arbeiten und zugleich dem Bild des „Ex-Kolonialisten“ und des „häßlichen Amerikaners“ das eines neuen Europäers entgegenzusetzen. Die jungen Freiwilligenorganisationen, denen zunächst noch nichts vom Image eines bürokratischen und politisch suspekten Establishment anhaftete, schienen als Partner akzeptabel. Mitte der sechziger Jahre arbeiteten über 20 000 Entwicklungshelfer in der Dritten Welt.¹)

Ziele und Widersprüche

Über die oft beträchtlichen Unterschiede und eigenständigen Ausprägungen hinaus, die im übrigen bei einer solchen Vielfalt von Trägern nicht verwundern können, lassen sich drei Leitlinien festhalten, die mit ganz wenigen Ausnahmen allen Freiwilligendiensten gemeinsam waren und noch sind:

1. Entwicklungsdienste lehnten von Beginn an den Gedanken an eigene, von ihnen selbst verantwortete Projekte ab. Sie sahen es als ihre Aufgabe an, Personal zur Durchführung wichtiger Aufgaben zur Verfügung zu stellen, zu deren Erfüllung noch keine einheimischen Kräfte vorhanden waren. Die Bestimmung dieser Aufgaben jedoch, die Entscheidung über die Art, wie sie durchgeführt werden sollten, und die verantwortliche Leitung der Institutionen, in die Entwicklungshelfer entsandt wurden, sollten Partnern im Gastland vorbehalten bleiben.
2. Entwicklungshelfer sollten in möglichst engem Kontakt mit der Bevölkerung des Gastlandes leben und arbeiten, um auf diese Weise über die Erfüllung ihres fachlichen Auftrages hinaus durch ihr Beispiel Neuerungen anzuregen und auf nicht entwicklungskonforme Verhaltensweisen einzuwirken.
3. Entwicklungsdienst wurde von Anfang an als ein wichtiges Instrument der internationalen Verständigung zwischen den Gesellschaften der Industrie- und der Entwicklungsländer begriffen. Neben dem „Helfen“ sollte für den Entwicklungshelfer das „Lernen“ stehen, die Erfahrung der sozialen und kulturellen Andersartigkeit und Eigenständigkeit der neuen Umwelt. Diese Erfahrung wurde von den Entwicklungsdiensten nicht nur als notwendige Voraussetzung für die Erfüllung der Projektaufgabe angesehen. Sie sollte auch den Entwicklungshelfer nach seiner Rückkehr in die Lage versetzen, sich als Vermittler eines besseren Verständnisses für die Werte und Probleme seines ehemaligen Gastlandes einzusetzen.

Über diese Grundsätze hinaus gab es wenig Gemeinsamkeit. Die einzelnen Entwicklungsdienste hatten ihre eigenen Grundsätze, ihre eigenen Zielgruppen im Gastland und auch ihre eigenen Vorstellungen über die für den Entwicklungsdienst erforderliche Vorbildung und Altersstruktur ihrer Bewerber. Diese spezifischen Richtlinien und Kriterien der einzelnen Dienste standen häufig unvermittelt neben den gemeinsamen Prinzipien und stellten sie gelegentlich sogar in Frage.

¹ Zur Entstehung und Entwicklung der Freiwilligendienste vgl.: Gilette, A., One Million Volunteers, The Story of Volunteer Youth Service, Penguin Books, 1968.

Der DED, und mit ihm einige andere europäische Dienste, setzte sich von Beginn an vom zeitweise erdrückenden Vorbild des Peace Corps durch zwei Merkmale deutlich ab. Zum einen verstand er sich als Fachdienst und entsprach damit den Anforderungen der Entwicklungsländer besser als der amerikanische Dienst, indem er nur Freiwillige mit abgeschlossener Berufsausbildung zur Übernahme fachlich klar definierter Aufgaben entsandte. Zum anderen war er enger als das Peace Corps mit der technischen Hilfe seiner Regierung verbunden. Dieser Verbund kam nicht nur dadurch zum Ausdruck, daß der DED in der Anfangszeit häufig Entwicklungshelfer zur Ausführung von Hilfsfunktionen in Projekte der deutschen Technischen Hilfe entsandte, deren Planung und Gestaltung de facto von einem deutschen Projektleiter wahrgenommen wurde; er zeigte sich auch in der Übernahme einer Reihe von Grundsätzen, die der DED zum Teil heute noch besitzt. Die Forderung, daß der Projektpartner durch „Partnerschaftsleistungen“ zunächst sein wirkliches Interesse an einer Zusammenarbeit beweisen müsse, bevor der DED ihm Entwicklungshelfer vermittelte, gehört ebenso in diesen Bereich wie die Zielsetzung, Entwicklungshelfer möglichst in Ausbildungsfunktionen zu bringen oder ihnen „Multiplikatoren“ zuzuordnen, um so durch ihre zweijährige Arbeit in Übersee einen möglichst großen „Ausstrahlungseffekt“ zu erreichen. Auch die Forderung nach Counterparts, an die die Entwicklungshelfer ihr Wissen und Können weiterreichen und die nach ihnen dann ihre Stelle einnehmen sollten, wurde von entsprechenden Vorstellungen im Bereich der Technischen Hilfe übernommen.

Solche Vorstellungen erhöhten – wie sich in der Projektpraxis bald erweisen sollte – in erheblichem Maß das Anspruchsniveau, das aus der deutschen Berufswelt kommende Entwicklungshelfer angesichts der befristeten Spanne von zwei Jahren Tätigkeit in Übersee sowieso schon mitbringen. Die Anforderungen an die technische Effizienz der Projektpartner und an Voraussetzungen für eigene bleibende Leistungen traten häufig in den Vordergrund. Solche Maßstäbe führten auch dazu, daß in einer ganzen Anzahl von Länderprogrammen des DED der Erreichung technisch-fachlicher Ziele der Vorrang vor den weiter oben skizzierten Aufgaben der Freiwilligendienste gegeben wurde, die dagegen ins Hintertreffen gerieten.

Entwicklungshelfer übernahmen Planungs- und Leitungsfunktionen für ganze Programme, wo einheimische Fachkräfte hierfür nicht zur Verfügung standen – und wurden so häufig auch fachlich und menschlich überfordert. Auch das Zusammenleben und -arbeiten mit der Bevölkerung wurde in solchen Fällen in Frage gestellt, in denen Entwicklungshelfer zum Beispiel unter ausländischen Experten wichtige Aufgaben in zentralen Planungsbüros erfüllten oder Planstellen in der öffentlichen Verwaltung einnahmen. Und zum „Lernen“ blieb häufig neben der Erfüllung fachlich schwieriger Aufgaben keine Zeit. In den DED schlich sich so unter dem Leitbild des „Freiwilligen“ auch der „Juniorexperte“ ein.

Es ist wichtig, festzuhalten, daß die Konzeptionen und Kriterien, die die Entwicklungsdienste in dieser Anfangsphase kennzeichneten, weitgehend ohne Mitwirkung von Vertretern der Dritten Welt entstanden, und dies, obwohl die Dienste selbst ihre Mittlerrolle zwischen den Gesellschaften auch damals schon betonten. Die Mehrzahl der Entwicklungsländer, in die Freiwillige geschickt wurden, nahmen diese jungen Fachleute aus Europa angesichts ihres eigenen akuten Mangels an Fachkräften und der im Vergleich zu Experten auch für sie häufig geringen Kosten zu-

nächst gern auf. Der Dialog über weiterreichende Zielsetzungen und Möglichkeiten der Entwicklungsdienste blieb jedoch aus.

Kritik und politisches Selbstverständnis

Die erste Welle der Kritik, die sich Ende der sechziger Jahre gegen die Entwicklungsdienste richtete, kam vor allem aus ihren eigenen Reihen, von Entwicklungshelfern, hauptamtlichen Mitarbeitern in Übersee und Rückkehrern. Nach Auffassung der Entwicklungshelfer lief ihre eigene Erfahrung in den Projekten häufig genug darauf hinaus, daß man zwei Jahre lang an einer fachlichen Aufgabe gearbeitet hatte, ohne in die Sozialstruktur, die Machtverhältnisse oder die äußeren Abhängigkeiten des Gastlandes Einsicht zu gewinnen, und das selbst dann, wenn diese die Arbeit des Projektes, für das man sich einsetzte, unmittelbar betrafen. Von daher ergab sich zum einen die Frage, ob die von den Entwicklungsdiensten gewünschte Arbeit an der Basis eigentlich zielsicher und erfolgreich sein könne, ohne daß sich die Entwicklungshelfer gleichzeitig darum bemühten, ihre eigene Tätigkeit in den Zusammenhang der sozio-ökonomischen Verhältnisse des Gastlandes einzuordnen. Zum anderen ergab sich die Frage, in welchem Zusammenhang eigentlich die Arbeit des DED, dem man angehörte, zu anderen – vor allem den wirtschaftlichen – europäischen Interventionen im Gastland stünde. Viele Entwicklungshelfer glaubten sich – gleichsam als lebende Alibis – doppelt ausgenutzt, zum einen von den Regierungen und den Eliten einiger Gastländer, die ihren sozialen Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung offenbar nicht nachkamen, zum anderen durch Wirtschaftskreise des eigenen Landes, die den Interessen, für die in den Projekten gearbeitet wurde, offensichtlich zuwiderhandelten.

Wie stellte sich die Organisation des DED zu diesen Fragen? Mußte man ihr die Rolle des „nützlichen Idioten“ zuschreiben oder gar die eines Mitwissers, oder war sie in der Lage, ihre eigene entwicklungspolitische Auffassung und Funktion so zu definieren, daß sie auch von den Entwicklungshelfern akzeptiert werden konnte? Die Entwicklungshelfer erwarteten von ihren Organisationen auf solche Fragen eine klarere Antwort als bisher und verlangten, an der entwicklungspolitischen Diskussion und den Entscheidungen über Grundsätze und Kriterien der Projektarbeit beteiligt zu werden².

Die Tendenz zum kritischen Überdenken der eigenen Position, die sich für die Entwicklungsdienste aus diesen Fragen ergab, wurde verstärkt durch die internationalen Versuche, zu Ende der mißlungenen ersten Entwicklungsdekade neue Formeln für die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern zu finden. Auch diese internationale Diskussion stellte die Entwicklungsdienste vor die Aufgabe, den eigenen Standort neu zu definieren.

² Zur Kritik der Entwicklungshelfer und Rückkehrer vgl.: Roberts, G., *Volunteers and Neo-colonialism. An Inquiry into the Role of Foreign Volunteers in the Third World*. Manchester: Eigenverlag, 1968. Wächtersbacher Resolution 1970. In: *Materialien zur Entwicklungspolitik Nr. 14*, Bonn: BMZ, März 1971, S. 8–13. Ferner: DED-Brief 1969–1970 passim.

Im DED leiteten diese Fragestellungen die folgenden Entwicklungen ein:

1. Mit der Verabschiedung der „Gesellschaftspolitischen Grundsätze“ durch den Verwaltungsrat des DED im Januar 1971 fand eine dreijährige Diskussion um die Zielsetzung der Organisation einen vorläufigen Abschluß. Diese Grundsätze verstehen den DED als ein Element der Friedenspolitik und damit als einen Schritt zu einem weltweiten Friedensdienst. Die Arbeit der Entwicklungshelfer soll auf die Verwirklichung der Menschenrechte hinzielen, indem sie zur Verbesserung der sozialen Lage und zur Selbstbestimmung von Zielgruppen beiträgt, die breiten Schichten der Bevölkerung – vorzugsweise ihren wirtschaftlich und sozial benachteiligten Gruppen – entstammen. Projektkriterien, die unter anderem auch diese Grundsätze berücksichtigen, hat die Geschäftsleitung des DED dem Verwaltungsrat noch im Juni desselben Jahres zur Beschlußfassung vorgelegt.
2. Zugleich setzte sich im DED die Einsicht durch, daß Entwicklungshelfer zur Erfüllung ihrer Aufgabe nicht nur lernen müssen, die Gründe für die Rückständigkeit ihrer Umgebung im Gastland zu analysieren; sie müssen auch die Fähigkeit einüben, ihre eigene Gesellschaft aus der Distanz kritisch zu betrachten und dadurch individuelle soziale und kulturelle Vorurteile zu relativieren. Eine neue Konzeption der Vorbereitung der Entwicklungshelfer wurde im Januar dieses Jahres vom Verwaltungsrat verabschiedet. Wie der in der Vorbereitung eingeleitete Lernprozeß auch im Gastland weitergeführt werden soll, ist zur Zeit Gegenstand der Diskussion.
3. In seinem 1968 erschienenen Büchlein „Nord-Süd-Konflikt“ rät Hans-Jürgen Wischnewski, der damals noch Minister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit war, dem DED, alle Möglichkeiten der Mitwirkung seiner Freiwilligen auszuschöpfen und ihre Bereitschaft zur Mitgestaltung der Verbesserung seiner Arbeit nutzbar zu machen³.

Die Erkenntnis, daß „Hilfe zur Selbsthilfe“ wohl nur durch den geleistet werden kann, der gelernt hat, auch über seinen eigenen Arbeitsplatz hinaus im Rahmen seiner Organisation Verantwortung mitzutragen, hatte in dem selben Jahr zu ersten Experimenten der Mitbestimmung in einzelnen Gastländern des DED geführt. Im Mai 1971 verabschiedete eine zentrale Mitarbeiterkonferenz, an der paritätisch gewählte Vertreter aller Mitarbeiter des DED teilnahmen, Grundsätze zur Mitbestimmung mit DED und legte sie dem Verwaltungsrat als Empfehlung vor. Das Konzept, das der Verwaltungsrat daraufhin 1972 beschlossen hat, weicht zwar in wichtigen Punkten von den Vorstellungen der Mitarbeiter und inzwischen bewährter Praxis in Gastländern ab, bedeutet aber gegenüber dem ursprünglichen Zustand doch einen Schritt nach vorn.

4. Obwohl bei Mitarbeitern des DED die Überlegung an Raum gewann, daß Entwicklungsdienste „zwischen zwei Welten“ oder gar „Weltfriedensdienst“ auch Dienst an der notwendigen Entwicklung im eigenen Land und Eintreten für die Dritte Welt zu Hause bedeutet, hat sich dieser Gedanke auf die bisherige Entwicklung des DED kaum ausgewirkt. Zum einen hat der DED als Organisation der Entwicklungshilfe in diesem Bereich bislang kaum Möglichkeiten zur Förde-

³ Wischnewski, H.-J., Nord-Süd-Konflikt, Beiträge zur Entwicklungspolitik. Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen GmbH, 1968, S. 60.

rung gehabt. Zum anderen haben es die Rückkehrer selbst bisher auch nicht verstanden, sich so zu organisieren, daß sie gezielte und konkrete Vorstöße in diesen Bereich hätten unternehmen können.

Der DED in der Krise?

Während der DED auf diese Weise an seinem neuen Selbstverständnis und an den Konsequenzen arbeitete, die sich daraus für die praktische Arbeit ergaben, wurde ab Mitte 1971 erneut Kritik an der Organisation und ihren Mitarbeitern laut. Diese Kritik kam diesmal jedoch nicht von innen, sondern von außen: sie bezog auch Minister Eppler ein, der sich in mehreren Reden deutlich hinter die neue Konzeption des DED gestellt, die Entwicklungshelfer zugleich aber vor möglichen Mißverständnissen gewarnt hatte.

Der eingangs zitierte Vorwurf der Politisierung und der ihm wohl zugrundeliegende Verdacht auf ein „Übermaß an linker Ideologie“ gewann — auch in der Regierungsadministration — in dem Maße an Boden, in dem öffentliche Kritik und lautstarke Aktionen an den Universitäten und in kirchlichen Jugendgruppen nachließen und dadurch wahrscheinlich die Funktion der Entwicklungsdienste als Gesprächspartner der politisch interessierten jungen Generation weniger bedeutsam erschien. Der DED rutschte in den Augen seiner Kritiker aus der Position des Mittlers zur kritisch engagierten Jugend selbst in die des „Linksaußen.“ Ob dieser absurden Kritik unter Umständen auch eine bedenkliche Fehleinschätzung der Haltung der Jugend zu Entwicklungspolitik und Entwicklungsdienst zugrunde liegt, sei dahingestellt. Der DED muß sich jedenfalls fragen lassen, ob er es verstanden hat, seinen Partnern in Regierung und Parlament die Notwendigkeit der neuen Konzeption und auch das immer mit personeller Entwicklungshilfe, gleichgültig unter welcher Konzeption, verbundene Risiko von Fehlentwicklungen in den Projekten so zu verdeutlichen, wie es notwendig gewesen wäre.

Eine Reihe weiterer kritischer Fragen drängte sich — gerade nach der ersten Erprobung der neuen Grundsätze und Verfahrensweisen in den Gastländern — auf und zwang zur Fortsetzung und Erweiterung der Diskussion.

Wie sieht der zukünftige Bedarf an Entwicklungshelfern in den Gastländern aus? Und wie sind die Bewerber zu gewinnen, die diesem Bedarf qualitativ und quantitativ gerecht werden? Sind diese Gesichtspunkte bei der Entwicklung der neuen Konzeption des DED ausreichend berücksichtigt worden? Läuft der DED nicht unter seiner Konzeption ebenso wie zu Zeiten des „reinen Fachdienstes“, wenn auch mit anderer Zielrichtung, Gefahr, sich ein überhöhtes Anspruchsniveau für die Projektarbeit zuzulegen? Werden die Entwicklungshelfer durch die Grundsätze des DED nicht gleichsam zu Mißverständnissen aufgefordert und damit überfordert? Und wäre, wenn dem so ist, die Konsequenz u. U. eine — diesmal radikale — Umkehr zur Fachkräfte-Organisation, die Juniorexperten mit Gehalt und der Aussicht auf Karriere in Projekte der Technischen Hilfe entsendet? Gibt es eine weitere Daseinsberechtigung für Freiwilligendienste als solche, und wenn ja, Möglichkeiten, die zu Anfang der Dienste gewollte Bescheidenheit in Zielsetzung und Status zurückzugewinnen?

Wer Antwort auf diese Fragen sucht, wie es zur Zeit Geschäftsführung, Verwaltungsrat und Gesellschafter des DED erneut tun, wird sehr unterschiedliche Gesichtspunkte mit ins Kalkül ziehen müssen, wie etwa Fragen der Bedarfsfeststellung und der langfristigen Planung, der Wirtschaftlichkeit und der Leistungen an zukünftige Entwicklungshelfer. Er muß sich jedoch dabei – darüber sind sich wohl alle Beteiligten einig – zunächst an den Wünschen und Vorstellungen derer orientieren, die mit einem zukünftigen Entwicklungsdienst arbeiten sollen und denen er nutzen soll. Genauer gesagt: die Zukunft des DED (und bis zu einem gewissen Grade darüber hinaus auch der personellen Hilfe generell) wird davon abhängen, wie es gelingt, einen Personaldienst zu schaffen,

– dessen Ziele von unserer Jugend und den anderen aktiven Gruppen unserer Gesellschaft als Aufgabe akzeptiert werden

und – der mit seinen Entwicklungshelfern in der Dritten Welt glaubwürdig als Partner bei der Lösung ihrer vordringlichen Probleme und der notwendigen Verständigung mit den Gesellschaften der Industriestaaten anerkannt wird.

Bevor also Antworten auf die oben angeschnittenen Fragen versucht werden dürfen, muß auch in diesem Zusammenhang zunächst nach der Meinung und Einstellung der Jugend und der Partner in Übersee zu den Entwicklungsdiensten gefragt werden.

Die Einstellung der Jugend zu Entwicklungspolitik und Entwicklungsdienst

Ein „Freiwilligendienst, der das Engagement der Jugend will und braucht, kann nicht nur ‚kein Sprachrohr der Regierung‘ sein“, sondern muß „sogar Sprecher dieser Jugend sein... Nur so kann er für seine Motivation in den Entwicklungsländern Vertrauen gewinnen und ‚das andere Gesicht des weißen Mannes‘ glaubwürdig machen. Nur so kann er seine Aufgabe in unserer eigenen Gesellschaft erfüllen.“⁴ Und nur so – muß man wohl ganz praktisch hinzufügen – wird es ihm auf die Dauer gelingen, neben den – zum Teil ja auch noch nicht so alten – Fachkräften, die die technische Hilfe als Experten und Assistenten anwirbt, weiterhin andere und neue Bewerberressourcen zu finden.

Wie sieht nun die Haltung dieser Jugend, deren Sprecher die Entwicklungsdienste sein sollen, aus? Eine im Auftrage des DED vom Institut für angewandte Sozialwissenschaft im Dezember 1971 durchgeführte repräsentative Befragung läßt bei vorsichtiger Interpretation und Einschränkung des Begriffs „Jugend“ auf die dort ausgeworfene Altersgruppe der 21- bis 24-jährigen zunächst folgende Schlußfolgerungen zu:

1. Die Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland befürworten Entwicklungshilfe in einem signifikant höheren Prozentsatz (75%) als der Gesamtdurchschnitt der Bevölkerung (63%). Mehr als 1/3 von ihnen (36%) könnte sich selbst vorstellen, als Entwicklungshelfer nach Übersee zu gehen. Der Leistungsfähigkeit des DED gegenüber besteht offenbar ein beachtlicher Vertrauensvorschuß, der bei den Jugendlichen noch um 10% über dem Schnitt der Gesamtbevölkerung (49%) liegt.

⁴ Ibid. S. 71.

2. Die Kritik, die seit dem vorigen Jahr am DED geäußert wird und ihren Niederschlag in einer lebhaften Diskussion in den Massenmedien fand, ist offenbar an der Mehrheit der Bundesbürger, auch an den Jugendlichen, vorbeigegangen. Das ergibt sich aus Fragen nach entwicklungspolitischer Information durch die Massenmedien (nein: 64^{0/0}) und nach der gemutmaßten politischen Orientierung des DED (linksorientiert: 7^{0/0}; rechtsorientiert: 5^{0/0}; weder-noch: 37^{0/0}; keine Angaben: 51^{0/0})
3. Für eine stärkere Internationalisierung der Entwicklungsdienste ergibt sich ein deutliches Votum der Jugendlichen (52^{0/0}), hinter dem freilich auch das der gesamten Bevölkerung (47^{0/0}) kaum zurücksteht⁵.

Ergibt also auf diese Weise die Befragung unter anderem noch immer das Bild eines beachtlichen Ausmaßes an Informationsmangel über Fragen der Entwicklungspolitik und des Entwicklungsdienstes bei der Jugend, so wird es um so wichtiger, nach der Einstellung derjenigen Gruppen zu fragen, die sich selbst aktiv mit Fragen der Entwicklungspolitik auseinandersetzen und innerhalb der Jugend als Multiplikatoren wirken.

Eine Anfang d. J. von Dieter Danckwortt herausgegebene Dokumentation, die aufgrund einer Umfrage bei 140 deutschen privaten Institutionen deren Vorstellungen zur Konzeption der Entwicklungshilfe in den siebziger Jahren erfaßt, enthält auch eine Anzahl von Stellungnahmen deutscher Jugendorganisationen. In seiner Analyse dieser Stellungnahmen schreibt Danckwortt:

„(Der) Verdacht, daß der Staat inkonsequent und national – egoistisch handle, zieht sich wie ein roter Faden durch alle Erklärungen von Jugend- und Studentengruppen. Er gilt auch vielen Regierungen der Entwicklungsländer, so daß die Forderung nach politischen und sozialen Strukturveränderungen zur Beseitigung korrupter Oberschichten im Vordergrund steht.

Ebenso wie die Kirchen sehen auch die Jugendverbände eine einheitliche Friedensaufgabe, bei der die Beseitigung der extremen Unterschiede zwischen Arm und Reich gleichzeitig im In- und Ausland erfolgen muß. Dabei soll der Entwicklungsdienst in Übersee und die sozialen Dienste im eigenen Land ebensolches Gewicht erhalten wie der Militärdienst.“⁶

Die Definition eines neuen Entwicklungsbegriffes, der Unterentwicklung im eigenen Land genauso umfaßt wie die Probleme in der Dritten Welt, und die daraus folgende Konzeption des Entwicklungsdienstes als eines einheitlichen Friedensdienstes im Inland und in Übersee sind wohl bei den kirchlichen Jugendverbänden am weitesten entwickelt.

Nach wie vor stellen Entwicklungshelfer, die neu in die Vorbereitungsstätten des DED kommen, sich und ihren Tutoren von Beginn an die Frage, ob die Ursache wirtschaftlicher Unterentwicklung und sozialer Mißstände in der Dritten Welt nicht zumindest ebenso in unserer eigenen Gesellschaft bekämpft werden müßten wie in

⁵ Vgl.: Ausgewählte Aspekte der Entwicklungshilfe, Tabellenband. Bonn–Bad Godesberg: Institut für angewandte Sozialwissenschaft, März 1972.

⁶ Danckwortt, D. (ed.), Planen für die zweite Dekade, Vorstellungen privater Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland zur Konzeption der Entwicklungshilfe in den siebziger Jahren. Bonn: DSE, Januar 1972, S. 28.

den Ländern, in die sie ausreisen wollen⁷. Ihre Kollegen in Übersee schließlich fordern unter anderem die stärkere Ausformung des Entwicklungsdienstes zum Partnerschaftsdienst, die Betonung des Zieles der gleichberechtigten Völkerverständigung auf humaner und nicht ideologischer Basis sowie eine stärkere Internationalisierung der Dienste mit dem Ziel, sie von der nationalen Außenpolitik ihrer Entsendestaaten unabhängiger zu machen⁸.

Die Auffassung der Partner

Mit über die Jahre hinweg zunehmender Einsicht in die Möglichkeiten und Grenzen, die Stärken und Schwächen der Mitarbeit ausländischer Entwicklungshelfer in ihren Ländern differenzierte sich auch das Urteil der Partner der Entwicklungsdienste in Übersee. Kritisch muß vorweggenommen werden, daß der DED sich zwar bemüht, bei der Prüfung seiner Projektplätze und der Evaluierung der Mitarbeit der Entwicklungshelfer soweit wie möglich Angehörige der Gastländer zu beteiligen, es bis heute aber versäumt hat, Regierungsvertreter, Projektpartner oder Gutachter aus den Gastländern systematisch – etwa durch eine Befragung – in seine Überlegungen zur Konzeption und zukünftigen Struktur einzubeziehen. Ein erster Versuch dieser Art soll erst jetzt anläßlich der bevorstehenden Regionalkonferenzen dieses Jahres unternommen werden. Die nachfolgenden zusammenfassenden Feststellungen können also zunächst nur einen Versuch darstellen, aus den Stellungnahmen von Regierungen und Projektträgern zu den Programmen des DED in ihren Gastländern, aus den Evaluierungsberichten einheimischer Gutachter und aus einzelnen schriftlichen Äußerungen von Partnern zur Konzeption der Entwicklungsdienste⁹ generelle Tendenzen abzuleiten und zu gewichten:

1. Nach wie vor besteht in der Mehrzahl der Länder, in denen der DED z. Z. arbeitet – und vermutlich darüber hinaus – ein großer Bedarf an Fachkräften der mittleren und höheren Ebene, der aus dem eigenen Potential nicht gedeckt werden kann. Die Nachfragen und offiziellen Anforderungen der Projektträger und Regierungen an den DED, in denen dieser Bedarf zum Ausdruck kommt, weisen dabei in vielen Fällen Wünsche nach besserer Qualifikation der Entwicklungshelfer, längerer Berufserfahrung und solideren Sprachkenntnissen aus. „Generalisten“, d. h. vorwiegend auf ihren gesunden Menschenverstand angewiesene College-Absolventen oder Abiturienten, wie sie früher vom Peace Corps und im cadet-programme der englischen Freiwilligendienste entsandt wurden, werden heute von mehr und mehr Projektländern geradeheraus abgelehnt. Die Kritik an Entwicklungshelfern ohne ausreichende Berufserfahrung und Sprachkenntnisse – zumal wenn sie entsprechend der Anforderung Ausbildungs- oder Leitungsfunktionen übernehmen sollten – wächst.

⁷ Vgl. Winkler, M., Perspektiven zu einer Neuorientierung des DED. In: DED-Brief Nov./Dez. 1971, S. 8 f.

⁸ Resolution der Entwicklungshelfer des DED in Malaysia. In: DED-Brief Jan./März 1972, S. 20.

⁹ Eine wichtige Zusammenstellung von Äußerungen dieser Art enthält Le Coutre, E. (ed.), Unterwegs zu einer Welt, Aus der Arbeit von „Dienste in Übersee“, Stuttgart: Evangelisches Verlagswerk GmbH, 1970, S. 245–294.

2. Ein gewichtiger Vorwurf, der sich zunehmend nicht nur gegen Entwicklungshelfer, sondern zumindest ebenso gegen Fachkräfte der Technischen Hilfe richtet, betrifft die häufig mangelnde Fähigkeit oder Bereitschaft der Ausländer, sich in die Gesellschaft des Landes, in dem sie arbeiten, einzuordnen. Er kritisiert das fehlende Bemühen, mit den einheimischen Kollegen im Projekt als Gleicher unter Gleichen zu arbeiten, d. h. zunächst einmal zumindest ebensoviel zu lernen wie selbst zu beraten, und danach gemeinschaftliche Problemlösungen anzustreben. In dem z. B. auch von Sambias Präsidenten Kaunda^{9a} immer wieder kritisierten Hang der Europäer, sich gesellschaftlich zu isolieren und bei der Arbeit den Ton anzugeben, wird eine Fortführung kolonialistischer Verhaltensweisen gesehen, die um so schädlicher seien, je enger der Ausländer mit Vertretern einfacher Bevölkerungsschichten zusammenarbeiten müsse. Diese seien über Jahrzehnte hinweg durch Kolonialbeamte und Missionen daran gewöhnt worden, den Europäer als ihren alleswissenden und -entscheidenden Herrn zu akzeptieren und liefen bei entsprechendem Verhalten des ausländischen Fachmannes Gefahr, diese entwicklungsfeindliche Verhaltensweise nun nie mehr zu verlieren. Integrationsfähigkeit, Bescheidenheit in Zielsetzung und Status und Bereitschaft zur gleichberechtigten Zusammenarbeit werden als wichtige Voraussetzungen für die Mitarbeit ausländischer Fachkräfte angesehen.
3. Eng mit dieser Kritik hängt die wachsende Einsicht in die Gefahr zusammen, daß Entwicklungshelfer und Experten allzu leicht Modelle und Standards ihrer eigenen Gesellschaft unbesehen auf die Arbeit im Gastland übertragen und dadurch wertvolle Eigenschaften der traditionellen einheimischen Arbeits- und Verhaltensweisen zerstören können. Daß gerade das uns eigene Streben nach technischer Effizienz und ökonomischer Rationalität oft mit guten Gründen abgelehnt wird, haben auch Entwicklungshelfer häufig erfahren müssen. Mitglieder eines deutsch-afrikanischen Evaluierungs-Teams, das die Arbeit von Entwicklungshelfern des DED in Dahomey ausgewertet hat, haben in diesem Zusammenhang betont, daß es vor allem in der landwirtschaftlichen Entwicklung und Dorfarbeit darauf ankomme, der Landbevölkerung nicht die Eigeninitiative abzunehmen, sondern ihr bei der selbstverantwortlichen Arbeit zur Erreichung selbst gesteckter Ziele zu helfen, auch wenn diese dem Entwicklungshelfer zunächst nicht einleuchten¹⁰.
4. Eine wichtige Frage für jeden Entwicklungsdienst ist die nach den Partnern der Entwicklungshelfer für den gewünschten Dialog über die Gesellschaft und Kultur des Gastlandes oder die Problematik der Zusammenarbeit zwischen den Völkern und Rassen. Über die Zielgruppen, denen die Arbeit der Dienste nutzen soll, ist man sich im klaren; aber gerade unter den einfachen Leuten im Gastland finden sich nur selten Personen, die dem europäischen Fachmann auf gleicher Ebene begegnen, die ihn in seiner besonderen Situation verstehen können; auch der Kontakt zu Kollegen und Vorgesetzten im Projekt bietet nicht immer das not-

^{9a} Vgl. z. B. Kaunda, K. D., *Towards Complete Independence*, Lusaka, Zambia Information Service, 1969.

¹⁰ Vgl. Bissek, M., *Guter Wille und Uneigennützigkeit genügen nicht*. In: DED-Brief, Nov./Dez. 1971, S. 3. Vgl. auch in diesem Zusammenhang: Kordes, H., *Entwicklungshelfer zwischen Ideologie und Bedürfnis*. In: *Entwicklung und Zusammenarbeit* 4 (1972), S. 5 ff.

wendige Maß an Anregungen zum Erfahren und Analysieren der Umgebung. Von diesen Überlegungen ausgehend, empfiehlt der indische Wirtschaftswissenschaftler S. C. Parmar, der die Arbeit der Entwicklungsdienste in Indien aus eigener Beobachtung gut kennt, die Entwicklungshelfer stärker in Kontakt mit den „jungen Eliten“ der Gastländer zu bringen. Andere Vertreter der Projektländer, wie z. B. die chilenische Regierung, vertreten die Auffassung, ihre eigenen Freiwilligendienste seien die geeigneten Partner für die europäischen Entwicklungsdienste, freilich nur unter der Voraussetzung, daß es gelingt, die bisher noch weit auseinanderklaffenden finanziellen Leistungen, die die ausländischen Entwicklungsdienste ihren Mitarbeitern gewähren, denen des jeweiligen Jugenddienstes so anzugleichen, daß unter den Freiwilligen verschiedener Nationalität eine Zusammenarbeit unter Gleichgestellten ermöglicht wird. Gerade diese im Prinzip sicherlich sehr zu begrüßende Forderung stellt die europäischen Dienste freilich vor schwierige Probleme.

5. „Den bescheidenen Beitrag, den Entwicklungshelfer in unserem Land leisten, wissen wir zu schätzen. Die wichtigste Aufgabe beginnt jedoch für sie erst, wenn sie nach Hause zurückgekehrt sind.“ Solche Stimmen, die den Entwicklungshelfern eine bedeutsame und entsprechend ernst genommene Rolle im Bereich der Kommunikation und Verständigung zwischen den Gesellschaften zuerkennen, sind seit einiger Zeit auch von den Partnern der Entwicklungsdienste zu hören. „Transfer of humanity“ nannte die indische Regierung offiziell den Beitrag der Entwicklungsdienste zur Entwicklung im Gegensatz zu dem der Technischen Hilfe. Auch wenn sich in diesem Land die Kräfte zunächst nicht durchgesetzt haben, die die zukünftige Bedeutung gerade einer solchen Aufgabe betonen, verdient ihre Meinung doch, hier festgehalten zu werden. Ähnliche Auffassungen wurden auch von Partnern anderer Länder deutlich geäußert, so z. B. aus Chile und von kirchlichen Kreisen im Nordosten Brasiliens. Auch in Sambia, das von seiner besonderen politischen und geographischen Lage her ein starkes Interesse an der Kommunikation mit Europa hat, scheint diese Rolle des Entwicklungshelfers und seiner Organisation positiv bewertet zu werden. Man sollte sich jedoch hüten, aus dieser Länderauswahl hypothetische Schlußfolgerungen zu ziehen. In ihr wird eher einmal mehr das Fehlen eines systematischen Dialogs zwischen den Diensten und ihren Partnern über Fragen neuer Konzeptionen und Zielsetzungen deutlich.
6. Entwicklungsdienst als Medium internationaler Kommunikation steht auch als Leitbild hinter den letzten beiden Vorschlägen, die hier genannt sein sollen. Es handelt sich zum einen um die immer wieder vorgebrachte Mahnung, die Entwicklungsdienste aus der ihrem Auftrag nicht angemessenen einseitigen Geberrolle zu befreien, indem man auch für Freiwillige aus der Dritten Welt Möglichkeiten schafft, in Europa – und wenn möglich, auch hier zusammen mit europäischen Kollegen – ähnliche Aufgaben wahrzunehmen, wie diese in Übersee. Weiter noch auf dem Weg der Internationalisierung geht der konkrete Wunsch einiger Gastregierungen, für Projekte in ihrem Land in Zukunft multinationale Teams von Entwicklungshelfern zu erhalten. Der Freiwilligendienst der Vereinten Nationen (UNV), der inzwischen seine ersten 50 Entwicklungshelfer entsandt hat, ist eine Antwort auf solche Wünsche, kann aber den bestehenden Bedarf vor-

erst schon deshalb nicht decken, weil er sich nach seinen Richtlinien darauf beschränken muß, seine Entwicklungshelfer zunächst nur in Projekte der Vereinten Nationen oder ihrer Sonderorganisationen zu entsenden. Eine Reihe von Anforderungen gerade aus dem wichtigen Bereich der Zusammenarbeit mit einheimischen Jugenddiensten muß daher auf andere Weise erfüllt werden.

Schlußfolgerungen

Versucht man nun vor diesem Hintergrund eine Antwort auf die Frage, wie Entwicklungsdienste der Zukunft aussehen sollten, um sowohl von der Jugend hierzulande als auch den Partnern in Übersee akzeptiert zu werden, so muß meines Ermessens zunächst festgestellt werden, daß für die Idee einer Organisation zur Entsendung von Juniorfachkräften, die sich auf Aufgaben der Technischen Hilfe im Ausland beschränkt, nicht allzuviel spricht. Allenfalls wäre hier das Argument des anhaltenden Bedarfs an Fachkräften mit Berufserfahrung zu nennen, die in der Mehrzahl der europäischen Entwicklungsdienste von heute nur selten zu finden sind. Aber diesem Bedarf müßte auch von Freiwilligendiensten besser entsprochen werden können, wenn es ihnen zum einen gelingt, ihre Vergütungssysteme für Entwicklungshelfer entsprechend dem Familienstand oder der Länge der Dienstzeit zu verbessern, ohne vom Grundsatz einheitlicher Unterhaltsgelder im Gastland abzugehen. Zum anderen müßten sie freilich neue gezielte Anstrengungen zur Erschließung zusätzlicher Bewerberressourcen unternehmen – und bei dieser Überlegung stoßen wir erneut auf die Frage, wie Entwicklungsdienste unserer Jugend glaubwürdig gegenüberzutreten vermögen.

Eines scheint sicher zu sein: unseren Partnern in Übersee kommt es darauf an, daß die von ihnen angeforderten europäischen Fachkräfte sich einordnen, bereit sind, auch von ihren Kollegen zu lernen und gemeinsam mit ihnen nach ihren Vorstellungen zu arbeiten. Der Europäer, der es nicht versteht, sich einem afrikanischen oder asiatischen Vorgesetzten unterzuordnen, wird in naher Zukunft in den meisten Ländern mit Recht allenfalls noch geduldet, bestimmt nicht mehr willkommen sein. Da die Kritik, die in diesem Zusammenhang aus den Gastländern dringt, sich zumindest ebenso gegen die im Vergleich zu ihren einheimischen Kollegen hochbezahlten und häufig noch mit zusätzlichen Privilegien ausgestatteten Fachkräfte der Technischen Hilfe richtet wie gegen die Entwicklungshelfer, muß man sich fragen, ob der mögliche Gedanke eines Juniorexpertendienstes nicht eher einen Fluchtweg darstellt, der zwar kurzfristig aus einer Anzahl von Problemen herausführt, Überlegungen einer langfristigen internationalen Zusammenarbeit und Partnerschaft aber zuwiderläuft.

Das Gegenbild zu einer solchen Organisation wäre ein Entwicklungsdienst, der sich als Dienst an der Gesellschaft aus internationaler Verantwortung verstünde und sich auch der Zukunftsaufgabe der Kommunikation und Verständigung zwischen den Gesellschaften verpflichtet fühlt. Die Dringlichkeit, diese Aufgabe anzupacken, wird ja nicht nur von der Jugend empfunden. Auch in der internationalen Diskussion rücken angesichts der immer stärker werdenden wirtschaftlichen und politischen Verflechtung, der wachsenden Mobilität auf dem internationalen Arbeitsmarkt und der bedrohlich steigenden Spannungen und Konflikte zwischen Angehörigen ver-

schiedener Rassen und Völker Begriffe wie „Weltinnenpolitik“ stärker ins Bewußtsein.

„Weltinnenpolitik“ sagt Erhard Eppler, „bedeutet . . ., daß auf diesem klein gewordenen Globus jeder von jedem abhängig ist, daß sich nicht nur Staaten und Diplomaten begegnen, sondern Gesellschaften, Ingenieure, Landwirtschaftsberater, Sportler, Gewerkschaften, Parteien, Universitäten, Kirchen. Dabei sagt niemand, daß dabei nicht weiterhin Interessen aufeinanderprallen. Aber weil Entwicklungspolitik auf Partnerschaft von Gesellschaften abzielt, ist sie ein bescheidener, keineswegs unangefochtener, nicht einmal immer konsequenter, aber eben doch ein Schritt in die Richtung einer Weltinnenpolitik.“¹¹

Entwicklungsdienste, die sich dieser Aufgabe stellen, werden nach wie vor Fachkräfte auf Anforderung in entwicklungspolitisch relevante Projekte der Gastländer entsenden. Der Sinn ihrer Tätigkeit dort läge jedoch in Zukunft weniger in der Bewältigung der fachlichen Aufgabe, die natürlich trotzdem Voraussetzung bleibt, sondern in der gemeinsam mit den Kollegen des Gastlandes vollzogenen Vorwegnahme und Einübung von Verhaltensmustern partnerschaftlicher und gleichberechtigter Zusammenarbeit, auf die wir in Zukunft immer stärker angewiesen sein werden.

Den Partnern in Übersee gegenüber werden wir eine solche Konzeption jedoch auf die Dauer nur glaubwürdig vertreten können, wenn sie von einem Entwicklungsbegriff ausgeht, der die Notstände der Gesellschaften hier wie draußen gleichermaßen umfaßt, und wenn die Dienste und ihre Rückkehrer zusammen mit freiwilligen Fachkräften aus dem eigenen Land und den Gastländern auch bei uns Entwicklungsvorhaben in Angriff nehmen. Von diesem Ausgangspunkt aus stellt sich also die Frage, ob Organisationen wie der DED nicht langfristig in die Lage versetzt werden sollten, ähnlich der im vorigen Jahr gegründeten amerikanischen Organisation „Action“, die das Peace Corps mit dem einheimischen Freiwilligendienst VISTA unter einem Dach vereint, Entwicklungsarbeit im In- und Ausland zu leisten. Zunächst jedoch müßten gemeinsam mit deutschen privaten Organisationen und Gruppen, die sich solchen Aufgaben widmen, Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Deutschland geprüft werden.

Ein Entwicklungsdienst mit dieser Ausrichtung könnte wohl mit Recht den von den gesellschaftspolitischen Grundsätzen des DED geforderten Anspruch erheben, ein Schritt auf dem Weg zu einem Weltfriedensdienst zu sein.

Neben, aber nicht losgelöst von diesen Überlegungen zur Konzeption und Struktur des Entwicklungsdienstes ergeben sich aus den Feststellungen der vorangegangenen Abschnitte eine Anzahl von Schlußfolgerungen, die leichter und schneller zu verwirklichen sein werden, auch weil sie vergleichsweise weniger Kosten oder Änderungen in der Organisationsstruktur des DED mit sich bringen.

1. Der DED sollte sich bemühen, innerhalb und außerhalb seiner Organisation besser als bisher zu verdeutlichen, daß sein Beitrag zu den umfassenden und von ihm unterstützten Zielen der Entwicklungspolitik und internationalen Kommunikation nur sehr bescheiden sein kann. Er muß dabei auch in einigen Punkten das

¹¹ Eppler, E., Der Wirklichkeit standhalten, Rede auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag am 18. Juli 1969. In: Entwicklungspolitik – Pressemitteilung Sondernummer III. Bonn: BMZ, Dez. 1969, S. 25–32; hier: S. 29.

Niveau seines eigenen Anspruches an die konkret in den Projekten erwarteten Leistungen zurücknehmen. Das gilt für den Grundsatz der Partnerschaftsleistungen, die häufig gerade von Selbsthilfeorganisationen der Bevölkerung oder auch den Regierungen der besonders armen Länder nur schwer aufgebracht werden können, ebenso wie für die Counterpart-Ideologie, die bereits genug der Zusammenarbeit abträgliche Mißverständnisse und Fehlentwicklungen hervorgerufen hat. Das heißt aber auch, daß der Grundsatz, keine Planungs- und Leitungsfunktionen in Projekten zu übernehmen, sondern Entwicklungshelfer nur in solche Institutionen zu entsenden, die von einheimischen Partnern verantwortlich geleitet werden, in Zukunft noch strenger beachtet werden muß. Schließlich bedarf unter diesem Gesichtspunkt auch die Frage einer Überprüfung, wo der DED im Rahmen seiner Schwerpunktprogramme bei fehlender oder unvollkommener Initiative oder Leitung der Partner gleichsam als „Staat im Staat“ gewirkt, und zwar nicht offiziell, aber doch informell Leitung und Initiative an sich gerissen haben mag.

2. Von Kollegen im DED wird mit Recht darauf hingewiesen, daß eine Senkung des Anspruchsniveaus auch eine Änderung der von der Organisation gebrauchten Sprache bedeutet. Der DED hat seine alt-eingefahrene Terminologie, die sich im übrigen auch in diesem Artikel niederschlägt. Ihr zufolge „entsendet“ er z. B. Entwicklungshelfer in „Projekte“, oder genauer: auf „Projektplätze“, wo sie dann unter anderem einen „Counterpart“ „anleiten“. Würden Worte wie „vermitteln“, „Programm“, „Arbeitsplatz“, „Kollege“ und „zusammenarbeiten“ nicht eher dem Geist eines Entwicklungsdienstes entsprechen? Auch dies sollte erwogen werden.
3. Der DED sollte in Zukunft seine Partner in den Gastländern stärker und systematischer in die Diskussion um Änderungen in Zielrichtung und Methodik einbeziehen als er das bisher getan hat.
4. Der Gedanke der Partnerschaft müßte auch in der konkreten Arbeit des DED in Übersee, vor allem im Bereich der Programmplanung, mehr Geltung erhalten. Gemeinsame Auswertungsseminare mit den Projektträgern sind bisher die Ausnahme, sollten aber zur Regel werden. Der Kontakt zu Universitäts- und Entwicklungsinstituten im Gastland und zu wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaften in der Region verschafft häufig erst den Zugang zu Information und Diskussion über die dortigen Entwicklungsplanungen, die für ein eingepaßtes DED-Programm Voraussetzung sind.
5. Den einheimischen Freiwilligen- und Jugenddiensten wird in den nächsten Jahren aller Voraussicht nach eine steigende Bedeutung in den Entwicklungsländern zukommen. Obwohl eine verstärkte Zusammenarbeit mit ihnen die europäischen Entwicklungsdienste vor Probleme in Bezug auf ihre eignen Vertrags- und Vergütungssysteme stellen und u. U. zum ersten Mal Partnerschaftsleistungen in umgekehrter Richtung erforderlich machen wird, sollten gerade diesen Partnern gegenüber die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit, die beiden Teilen dient, ernsthaft und bald geprüft werden. Auch der Vorschlag, Entwicklungshelfer stärker mit Studenten und Universitätsabsolventen der Gastländer in Kontakt zu bringen, verdient die Aufmerksamkeit des DED.
6. Der Arbeit von Entwicklungshelfern in multinationalen Teams, die auch Angehörige der Entwicklungsländer einschließen, wird — nach der zitierten Um-

frage – sowohl von der deutschen Jugend als auch von einigen Gastländern Vorrang vor bilateralen Entscheidungen zugemessen. Der DED hat sich bereits nach Kräften bemüht, solche Initiativen zu fördern und wird in der zweiten Hälfte dieses Jahres voraussichtlich mehr Entwicklungshelfer in Projekte des UNV vermitteln. Wegen der zunächst noch eingeschränkten Möglichkeiten dieser Organisation sollte jedoch daneben das Internationale Sekretariat für Freiwilligendienste (ISVS) in Genf, dessen Mitglied die Bundesregierung ist, stärker als in der Vergangenheit in die Lage versetzt werden, vor allem den Aufbau von Entwicklungsdiensten in der Dritten Welt durch technische Hilfe und die Entsendung multinationalaler Freiwilligen-Teams zu unterstützen. Die Zukunft der Freiwilligendienste wird auch davon abhängen, welche Chancen der Zusammenarbeit in diesem Bereich eingeräumt werden.